



Torschlusspanik

In Berlin versucht R2G vor dem Ende der Legislaturperiode noch einige Pflöcke einzuschlagen. So hat die Umgestaltung des Boulevards „Unter den Linden“ offenbar keine Zeit mehr, bis sich eine neue Regierung darum kümmern könnte. Dann wäre auch die Frage zu klären, ob man die Allee nicht gleich in „Unter den Haselnussbäumen“ umbenennen sollte, denn nur noch ein Viertel der Linden sei gesund und Nussbäume wären eine mögliche Alternative.

Auch ein Radweggesetz muss schnell noch in Kraft treten, bevor Senat und Abgeordnetenhaus neu zusammengesetzt werden. Die aktuellen Mandatsträger sollten sich jetzt nur noch um die Tagesaktualität kümmern und die Zukunft den neuen überlassen.

Dass neu gemischt wird, zeichnet sich ab. Erstmals rutscht die Union in einer Forsa-Umfrage von gestern auch im Bund unter 20 Prozent. Die an **Olaf Scholz** meist gestellte Frage, ob er mit der Linken koalieren würde, könnte sich von selbst erledigen. Die Linke dümpelt derzeit bei sechs Prozent herum.

Wenn sich der Wind nicht noch gewaltig dreht, müsste es sich die Union in den kommenden vier Jahren auf der Oppositionsbank gemütlich machen. Da brähe einiges zusammen. Dass **Armin Laschet** in diesem Falle Oppositionsführer werden könnte, ist ziemlich ausgeschlossen. Im Falle einer Niederlage wäre die Karriere von Herrn Laschet beendet. Verständlich also, dass er kämpft. In dieser Situation kommt ihm Mutti zu Hilfe. Das war gestern eher peinlich als hilfreich, als sich **Angela Merkel** für Laschet ins Zeug legte. Wenn man so etwas macht, sollte es wenigstens so aussehen, als sei man selbst davon überzeugt. Frau Merkel wird das Blatt nicht mehr wenden können, denn sie ist in keiner Wahlarena und keinem Triell dabei.

Selbst mit der Linken wäre RGR derzeit nur bei 48 Prozent, was knapp mit der Zahl der Mandate reichen könnte.

Während im Bund die Union mit 19 Prozent auf der Verliererstraße dem Sonnenuntergang entgegen wandert, könnte sie in Berlin mit ebenfalls 19 Prozent den Sprung in den Senat schaffen. Anders als **Olaf Scholz** liebäugelt **Franziska Giffey** mit einem Bündnis aus SPD, CDU und FDP. Diese Koalition käme aktuell auf 50 Prozent. RGR in Berlin käme auf 52 Prozent. Abgesehen von Unterschieden bei der FDP, Bund 13, Berlin acht Prozent, und der Linken, Bund sechs, Berlin zwölf Prozent, verzeichnen alle

anderen Parteien die gleichen Werte, CDU 19, Grüne 17, AfD elf. Im Bund ist die SPD mit 25 Prozent zwei Punkte besser als in Berlin.

Kommen wir noch einmal zurück auf die Berliner Torschlusspanik von R2G. Es gibt Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen auf ihr Auto angewiesen sind. Es gibt auch sehr viele Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen gar nicht Fahrrad fahren können. Eine Kombination aus Rollator und Fahrrad gibt es noch nicht. Der ÖPNV in Berlin ist besser als in den meisten Regionen des Landes, aber bei weitem nicht ausreichend, um es attraktiv zu machen, vom Auto auf Bus oder Bahn umzusteigen.

Die CDU mutiert immer mehr zur Radfahrerpartei, anstatt das der grünen Klientel zu überlassen. So meint **Oliver Friederici**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Berlin, feststellen zu müssen: *„Immer mehr Berliner fahren Rad. Der Senat weiß das, doch seine Bilanz beim Wegebau ist enttäuschend. Nach fünf Jahren beharrlichem Zögern und Zaudern fällt der Grünen-Senatorin Günther auf einmal ein, noch schnell ein Radweggesetz beschließen zu müssen, für dessen Umsetzung sie keine Verantwortung mehr tragen wird. Mehr Peinlichkeit geht nicht.“*

Wir fordern in der Radwegeplanung eine klare Priorisierung. Gerade die Berliner in den Außenbezirken sowie Pendler brauchen sichere und attraktive (Schnell-)Radverbindungen ins Büro oder zum nächsten Bahnhof. Der Fehler der Koalition, diese Menschen von allen Radwegeüberlegungen auszuschließen, muss schnellstens korrigiert werden.“

Nochmal. Die Menschen auf ein Fahrrad zwingen zu wollen, ist so unsinnig wie ein Impfwang durch die 2G-Hintertür. Es muss auch für Nicht-Fahrradfahrende schnelle Möglichkeiten geben, vom Rand in die Mitte der Stadt zu kommen.

Geradezu skandalös ist, dass der jetzige Senat noch schnell 14.750 Wohnungen zurückkaufen will, die in früheren Jahren für ein Butterbrot an Private verschertelt wurden. Nach dem unsinnigen Stromnetzkauf für über zwei Milliarden jetzt nochmal 2,4 Milliarden für die Wohnungen, ohne dass dadurch eine neue Wohnung in Berlin entsteht. Und das nach dem Debakel im Kosmosviertel, wo jetzt Mieterhöhungen zurückgezahlt werden müssen, weil Sanierungsarbeiten mangelhaft waren. Das kann doch alles nicht wahr sein. Der jetzige Senat sollte aufhören an die Zukunft zu denken, das machen demnächst andere.

Ed Koch